

Minarett als „Stachel im Fleisch“?

Das Verbot in der Schweiz ruft Verfechter der Religionsfreiheit auf den Plan

ALEXANDER BROCK

Das Minarett-Verbot in der Schweiz trifft den Nerv: Kritiker sehen es als einen massiven Angriff auf die Religionsfreiheit. Wie es um die Toleranz mit Blick auf ein mögliches Minarett in Nürnberg bestellt ist, wollte „Brücke-Köprü — Begegnung von Christen und Muslimen“ wissen.

Man stelle sich vor: Zwei Minarette einer Moschee schieben sich rund 50 Meter hoch in den Nürnberger Himmel und vor die Kulisse der Kaiserburg. Die einen können sich so eine Silhouette wohl nur schwer vorstellen. Andere wiederum halten dagegen und fordern, dass die deutsche Demokratie das ertragen muss.

Unverständnis über das Minarett-Verbot in der Schweiz auch während der Podiumsdiskussion von „Brücke-Köprü“. Nurettin Tilken ist Vorstandsmitglied der Türkisch-Islamischen Union (Ditib) in Schwabach. Er erinnerte an den Streit der örtlichen CSU um den Plan einer Moschee, die Ditib dort auf einem städtischen Grundstück bauen wollte — inklusive Minarett, aber ohne Muezzin-Ruf. Das Projekt scheiterte. Zunächst. Denn mit dem alternativen Standort der Moschee in einer maroden Immobilie ist Tilken nicht zufrieden: „Für uns ist das eine Zwischenlösung.“

Bisher liegen für ähnliche Projekte in Nürnberg keine konkreten Bauvoranfragen auf dem Tisch. Doch ist Oberbürgermeister Ulrich Maly, wie berichtet, inoffiziell von zwei muslimischen Glaubensgemeinschaften angesprochen worden, die den Bau eines Minaretts in Erwägung gezogen haben. Tilken prophezeit einen ähnlichen Krach um solche Türme in Nürnberg wie im Juli 2009 in Schwabach. „Wir haben eine Schlacht geführt und sind zur Schlachtbank hingeführt worden“, sagte er.

Ginge es aber nach Hartmut Frommer, müsse dieser „Diskurs“ einen anderen Verlauf nehmen: „Religionen müssen gleich behandelt werden“, so der ehemalige Stadtrechtsdirektor. Ein Gebäude wie das einer Moschee müsse so gestaltet sein, wie es seiner Religion entspreche. Damit sprach er Tilken aus der Seele. Denn nichts anderes fordert die muslimischen Glaubensgemeinschaft: „Wir wollen aus den Hinterhöfen heraus und präsenter in der Öffentlichkeit sein“, sagte er.

Das Minarett spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Denn es gilt als ein „starkes Symbol“. Doch woher rührt diese Wahrnehmung? Frommer erinnert an Kämpfe in der Vergangenheit. Türme galten in Mitteleuropa schon immer als „Symbole der Herrschaftskraft“. Ab Greding Richtung Süden hat im 19. Jahrhundert kein protestantischer Turm stehen dürfen. „Denn evangelische Türme waren die Stachel im katholischen Fleisch des österreichischen Einflussbereiches“, sagte er.

Dass diese Denkweise in manchen Politikerköpfen noch immer omnipräsent zu sein scheint, zeigt ein Beispiel, an das der evangelische Dekan Wolfgang Butz erinnerte. Demnach habe Umweltminister Markus Söder (CSU) mit Bezug auf die Turmhöhe darauf bestanden, dass ein Minarett das Stadtbild nicht negativ beeinflussen dürfe. Butz nahm diesen Ansatz auf und hielt dagegen: „Ein Minarett in der Südstadt müsste mindestens so hoch sein wie der Turm der Christuskirche.“

Doch nicht allen Teilnehmern der Diskussion ist wohl beim Gedanken an ein Minarett in Nürnberg. Von einer „militanten Religion“ sprach einer und davon, dass der „Islam tendenziell theokratisch“ sei — also eine Herrschaftsform, bei der die Staatsgewalt allein religiös legitimiert ist. Ein Einwand, dem Hartmut Frommer etwas entgegensetzen hatte: „Es wäre heillos, den Islam in Deutschland mit staatlichen Mitteln so zurechtzubiegen, wie wir das wollten.“

Das Bild zeigt eine künstlerische Montage von Gerd Dollhopf, die derzeit im Rahmen der Ausstellung „Neuland“ im Museum Industriekultur zu sehen ist. Sie passt zur Debatte um das Minarett-Verbot in der Schweiz und die Frage: „Wie würde man in Nürnberg reagieren?“ Foto: oh